

Quo vadis, Grüne?

7 Thesen zur Entwicklung der Grünen

1. Rund zwei Jahre nach dem Ende der rot-grünen Koalition haben *Die Grünen* noch nicht in ihre Oppositionsrolle gefunden. Das ist in der Tat schwierig, weil es in der Großen Koalition starke Momente der Kontinuität zur rot-grünen Regierung gibt (Die Kontroversen in der Union sprechen davon Bände). Die Gemeinheiten für Arbeiter und Angestellte, die heute verabschiedet werden, wurden vielfach unter Rot-Grün ausgedacht.

Zu Recht haben *Die Grünen* nach der Rückkehr in die Opposition eher leise Töne angeschlagen. Eine Kehrtwende um 180 Grad hätten ihnen die Wähler und Anhänger ohnehin nicht abgenommen. Eine solche Wende hätte zu einem ernstem Glaubwürdigkeitsproblem für *Die Grünen* geführt. Erst auf dem Kölner Parteitag im Dezember 2006 wurden von der Parteilinken kritischere Töne angeschlagen, hat nach einer Schamfrist eine deutlichere Abgrenzung von der Großen Koalition begonnen.

2. Offensichtlich hat der taktisch begründete Verzicht auf eine Kehrtwende um 180 Grad bei Wählern und Mitgliedern durchaus Früchte getragen. Bei der Sonntagsfrage liegen *Die Grünen* bei den meisten Meinungsforschungsinstituten regelmäßig mindestens zwei Prozentpunkte über dem Bundestagswahlergebnis vom Herbst 2005 (damals 8,1 Prozent; siehe Grafik 1).¹ Hochburgen der *Grünen* sind – wie in der Vergangenheit – Großstädte und Universitäts- und Hochschulorte, die einen vergleichsweise hohen Anteil von Akademikern und Angestellten und der lernenden und studierenden Jugend aufweisen, sowie Gebiete mit akuten Umweltproblemen (siehe Tabelle 1, Tabelle 2 und Tabelle 3). Dies gilt auch für die fünf neuen Bundesländer – allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau.²

Die Grünen finden bei Wahlen in der Regel vor allem in den Altersgruppen bis unter 45 Jahre eine deutlich höhere Zustimmung als insgesamt, obwohl auch die Wählerklientel mit der Partei „gealtert“ ist. Sie können dabei nach wie vor in der Altersgruppe der 18- bis 24jährigen überdurchschnittliche Stimmengewinne verzeichnen. Sie schneiden in allen Altersgruppen aufgrund ihrer sogenannten „weichen“ (besser: postmaterialistischen) Themen bei Frauen besser ab als bei Männern (siehe Tabelle 6). Zwischen Ost und West zeigen sich dabei keine größeren alters- und geschlechtsspezifischen Abweichungen in der Wählerschaft (siehe Tabelle 7).³

¹ Die Grafik basiert auf den Durchschnitten der monatlichen Mittelwerte der sechs Meinungsforschungsinstitute Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS) und Infratest dimap (<http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm>) (Stand: 19.07.2007).

² Exemplarisch sei hier auf das Ergebnis der Landtagswahl vom 26. März 2006 in Sachsen-Anhalt hingewiesen (siehe Tabelle 4), im Vergleich dazu das Ergebnis der Landtagswahl vom 26. März 2006 in Baden-Württemberg (siehe Tabelle 5). Bei den sachsen-anhaltischen Grünen-Hochburgen Halle, Magdeburg und Dessau-Roßlau handelt es sich um Großstädte mit Universitäten und/oder Hochschulen. Schönebeck ist ein Vorort von Magdeburg.

³ Vgl. Eckhard Jesse: Die Bundestagswahl 2006 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden, 2006, Heft 3, S. 521.

Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen im Mai 2007 konnten *Die Grünen* mit 16,4 Prozent der Stimmen ihr Ergebnis gegenüber der vorangegangenen Wahl deutlich verbessern (2003: 12,8 Prozent) und wurden in einigen innerstädtischen Quartieren zur stärksten Partei. Im Stadtstaat mit seiner Universität und mehreren Hochschulen mit über 30.000 Studierenden verhalfen ihnen vor allem die jüngeren Wählerinnen und Wähler zum Erfolg. Die Öko-Partei konnte dabei ihren höchsten Stimmenanteil bei Frauen zwischen 18 und 25 Jahren einfahren (37,4 Prozent).⁴ Und nach einer Durststrecke von knapp zwei Jahren ist die Ökopartei seit Ende Juni 2007 auch wieder in einer Landesregierung, dem Senat von Bremen, vertreten. Mit Karoline Linnert stellt sie die Finanzsenatorin und Bürgermeisterin und mit Reinhard Loske den Senator für Umwelt, Bau und Europa.⁵ Bereits 2006 hatten *Die Grünen* bei Landtags- bzw. Abgeordnetenhauswahlen in Baden-Württemberg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zum Teil beachtliche Stimmenzuwächse verzeichnen können; lediglich in Rheinland-Pfalz mussten sie Stimmenverluste hinnehmen.

Die Mitgliederzahl der *Grünen* ist vergleichsweise stabil (siehe Grafik 2),⁶ sie liegt bei ca. 45.000.⁷ Daten aus einzelnen Bundesländern belegen diesen anhaltenden Trend. So melden die *Grünen* Niedersachsens ein Mitglieder-Plus von 1,5 Prozent; die *Grüne Jugend Bayern* konnte 2006 ihre Mitgliederzahl um 150 Mitglieder auf insgesamt ca. 1.300 Mitglieder erhöhen.⁸

Dazu kommt, dass derzeit substantielle Themen der *Grünen* (wie der Klimawandel) Hochkonjunktur haben. Die von der Ökopartei seit langem vorgetragenen Warnungen erfahren Unterstützung und Verstärkung von Kreisen, die einer Sympathie mit den *Grünen* unverdächtig sind, wie der Stern-Kommission, die in ihrem Bericht Ende Oktober 2006 die gravierenden ökonomischen Folgen des Klimawandels konkret beziffert hat.⁹ Dies treibt den *Grünen* neue Anhänger zu.¹⁰

Hinter der vergleichsweise stabilen Entwicklung der Mitgliederzahlen, wie sie die Grafik 2 zeigt, haben sich gravierende Veränderungen in der Struktur der Mitglieder,

⁴ Vgl. Bernd Hüttner, Norbert Schepers: Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007. DIE LINKE im Westen angekommen? (rls standpunkte, Nr. 11/2007), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 4.

⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 30.06.2007.

⁶ Datenquellen: Oskar Niedermayer: Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden, 2002, Heft 2, S. 435; Internet-Präsentation der Grünen (<http://www.gruene.de/>, Stand: 11.04.2007); Der Fischer Weltalmanach 2007. Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 2006, S. 125; Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2006. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Baden-Baden, 2007, Heft 2, S. 370. – Angaben für 2006 vorläufig; geringfügige Änderungen möglich.

⁷ Vgl. Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2006, a.a.O., S. 370.

⁸ Vgl. <http://www.pr-inside.com/de/print35087.htm> (Stand: 10.04.2007); http://www.gruene-niedersachsen.de/cms/default/dok/174/174340.gruener_landesverband (Stand: 10.04.2007).

⁹ Vgl. Sir Nicolas Stern: The Economics of Climate Change (veröffentlicht am 30. Oktober 2006). Der Bericht konstatiert, „dass die Gesamtkosten und -risiken des Klimawandels, wenn wir nicht handeln, gleichbedeutend mit dem Verlust von wenigstens 5 Prozent des globalen Bruttoinlandprodukts jedes Jahr, jetzt und für immer, sein werden. Wenn man eine breitere Palette von Risiken und Einflüssen berücksichtigt, dann könnten die Schadensschätzungen auf 20 Prozent oder mehr des Bruttoinlandprodukts ansteigen. Im Gegensatz dazu können die Kosten des Handelns – des Reduzierens der Treibhausgasemissionen, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden – auf etwa 1 Prozent des globalen Bruttoinlandprodukts pro Jahr begrenzt werden.“ (Summary of Conclusions, p. VI, Internet-Fassung). – In die gleiche Richtung wirkt der jüngste Klima-Bericht des IPCC.

¹⁰ Vgl. Franz Walter: Grüne: Pausbäckige Selbstzufriedenheit. In: Welt.online, 12.04.2007.

aber auch der Wählerschaft vollzogen. In den 90er Jahren fand ein gewaltiger personeller Umschlag in der Partei statt. Rund die Hälfte der Mitglieder aus den Anfangsjahren kehrten ihr seit 1990 enttäuscht den Rücken. Weit mehr als die Hälfte der heutigen Mitglieder trat erst nach 1990 in die Partei ein und brachte neue Wertorientierungen und Lebenserfahrungen mit, die zum Teil auch neoliberalen Ideen einen Nährboden bieten.

Die Wähler der *Grünen* haben sich in der bundesdeutschen Gesellschaft erfolgreich etabliert und gehören mittlerweile in der Tendenz eher zu den arrivierten Bevölkerungsschichten. Auf ihre politischen Einstellungen und Ziele hat dies nach Ansicht von Wahlforschern einen eher mäßigen Einfluss ausgeübt.¹¹ Mit den Worten von forsa-Chef Manfred Güllner ist der Anteil der „Werte-Grünen“ oder „Körnerfresser“, die ihren Lebensstil seit 20 Jahren nicht geändert haben, an der Anhängerschaft der *Grünen* stetig geschrumpft, derjenige der „etablierten“ Grünen, die beispielsweise die Anwaltspraxis ihres Vaters übernommen haben, hingegen deutlich gestiegen.¹²

3. Die Gründe für eine Mitgliedschaft in den *Grünen* haben sich verändert. War in den 80er Jahren der Kampf gegen die Atomkraft (gegen Kernkraftwerke wie gegen atomare Waffen) eine ganz zentrale Frage, eine Frage mit Symbolwert, um sich in der Öko-Partei zu engagieren, liegt der Focus seit den 90er Jahren eher bei der Verteidigung und Ausweitung der Bürgerrechte. Damit haben sich in gewisser Weise jene Kräfte bei den *Grünen* durchsetzen können, die sich aus dem Zusammengehen mit dem *Bündnis 90* in der ersten Hälfte der 90er Jahre einen Schub für die Partei in Richtung einer Bürgerrechtspartei erhofft hatten. Joschka Fischer hatte 1991 gefordert, *Die Grünen* müssten sich entscheiden, wie die zukünftige Entwicklungsrichtung der Partei aussehen solle: reformökologisch-bürgerrechtlich oder linksökologisch-antikapitalistisch. Dass der Zug seither in die reformökologisch-bürgerrechtliche Richtung gefahren ist, ist unbestreitbar.

Die Veränderungen in der Mitgliedschaft sind auch die Folie, auf der *Die Grünen* ihre Positionen auf wesentlichen Politikfeldern seit Anfang der 90er Jahre für Außenstehende bis zur Unkenntlichkeit verändert haben (Außenpolitik, Atompolitik, zum Teil neoliberale Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik). Vor allem im Laufe ihrer Regierungszugehörigkeit verabschiedeten sich *Die Grünen* „von vielen Forderungen, die früher den Kernbestand ihrer Identität ausmachten“¹³.

Das neue Grundsatzprogramm der *Grünen* vom März 2002 vollzog nur den Weg nach, den die Schrägstrich-Partei in der politischen Praxis längst gegangen war. Die Grundsatzprogramm-Kommission hatte zu Beginn der Programm-Diskussion konstatiert, nicht nur die Welt um die Partei herum, auch *Die Grünen* selbst hätten sich verändert und müssten sich darüber Rechenschaft geben.

4. Das Verhältnis der Partei *Die Grünen* zu den außerparlamentarischen Bewegungen ist zerrüttet. Der Grad der Zerstörung dieses Verhältnisses ist allerdings bei den einzelnen Bewegungen unterschiedlich. Und: *Die Grünen* sind trotzdem ein

¹¹ Vgl. Markus Klein / Jürgen W. Falter: Der lange Weg der Grünen, München 2003, S. 219.

¹² Vgl. Berliner Zeitung, Berlin, 24./25.11.2001.

¹³ Markus Klein / Jürgen W. Falter: Der lange Weg der Grünen, a.a.O., S. 216.

wichtiger Ansprechpartner – oft der wichtigste Ansprechpartner – der Bewegungen. Dies gilt insbesondere für die Ökologiebewegung.

Die Gründe für das gestörte Verhältnis liegen darin, dass *zum einen* Verbände und Initiativen aus den außerparlamentarischen Bewegungen teilweise weit überzogene Erwartungen an den Regierungseintritt der *Grünen* geknüpft hatten. Die Realität grüner Regierungsbeteiligung führte zu einer tiefen Enttäuschung der Aktivisten der außerparlamentarischen Bewegungen, die sie auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck brachten.¹⁴ „Mit dem Kosovokrieg 1999 und dann mit Afghanistan haben die Grünen eine Grenze überschritten, was ihnen nicht vergeben wird“¹⁵, so unlängst ein Bewegungsaktivist, der sich lange Jahre in der Friedensbewegung engagiert hat und heute bei Attac mitmacht.

Zum anderen verloren im Gegenzug *Die Grünen* zum großen Teil den Kontakt zu den sozialen Bewegungen. Insbesondere nach dem Treffen der Globalisierungskritiker 2001 in Genua stellten *Die Grünen* plötzlich fest, dass sie den Anschluss an die außerparlamentarischen Bewegungen verpasst hatten. Daniel Cohn-Bendit warf den *Grünen* vor, die Globalisierungskritik „verschlafen“ zu haben.¹⁶

Das schwierige Verhältnis der *Grünen* zu den außerparlamentarischen Bewegungen manifestierte sich im April dieses Jahres im Streit um den Aufruf der Bewegungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. In diesem Streit „spaltet sich die Partei in Globalisierungsfundis und -realos“¹⁷, wie DER SPIEGEL genüsslich schrieb. Während die *Grüne Jugend* und der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele den Aufruf von Attac und anderen zur geplanten G8-Großdemonstration am 2. Juni 2007 unterschrieben, verweigerte Parteichefin Claudia Roth ihre Unterschrift, weil sie die „einseitige Schuldzuweisung“ an die G8-Regierenden nicht teilen könne, und kreierte ein eigenes Papier.¹⁸

Einerseits suchen also *Die Grünen* wieder den Kontakt zu den außerparlamentarischen Bewegungen. Andererseits sieht sich ihre Führung immer noch als Regierungspartei,¹⁹ gewissermaßen als **Regierungspartei im Wartestand**. Ein solch „inniges“ Verhältnis, wie es zwischen den neuen sozialen Bewegungen und der „Anti-Parteien-Partei“ *Die Grünen* in den 80er Jahren bestand, wird sich nicht wiederherstellen lassen. Dazu haben sich Partei und Bewegungen zu weit auseinander entwickelt, ist aus der „Bewegungspartei“ ein ganz normale, eine etablierte Partei (wie die anderen auch) geworden.

¹⁴ Vgl. Joachim Raschke: Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“, Frankfurt am Main 2001, S. 141 und 290.

¹⁵ Zit. in: Katharina Koufen: Affäre? Zweitfrau? Scheidung? In: taz – die tageszeitung, Berlin, 02.04.2007.

¹⁶ Vgl. Katharina Koufen: Affäre? Zweitfrau? Scheidung? a.a.O.

¹⁷ Markus Deggerich: Ein bisschen Frieden. In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2007, Nr. 16 (vom 16.04.2007), S. 27.

¹⁸ Vgl. DER SPIEGEL, Hamburg, 2007, Nr. 16 (vom 16.04.2007), S. 27; Neues Deutschland, Berlin, 13.04.2007.

¹⁹ Vgl. Robert Roßmann: Grüne verprellen Globalisierungsgegner. In: Süddeutsche Zeitung, München, 04.04.2007; Miriam Lau: Grüne distanzieren sich von Globalisierungsgegnern. In: Welt.online, 04.04.2007.

5. Seit dem Herbst 2006 hat sich die Parteilinke wieder stärker zu Wort gemeldet, zeichnen sich auf wichtigen Politikfeldern Veränderungen ab. Dies manifestierte sich deutlich auf dem Parteitag der *Grünen* in Köln im Dezember 2006 und in den innerparteilichen Debatten im Frühsommer 2007. Drei herausragende Beispiele dafür sind (a) die Afghanistan-Debatte, (b) die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen und (c) die Papiere zur Wirtschaftspolitik.

(a) Die *Afghanistan-Debatte*: Einst – in der Regierung – hatten *Die Grünen* sowohl für den ISAF-Einsatz in Afghanistan als auch für die „Operation Enduring Freedom“ (OEF) gestimmt. Auf dem Kölner Parteitag wurde nun der Ruf nach einer Rückbesinnung auf den Pazifismus laut, konnte sich aber letzten Endes nicht durchsetzen. Eine parteiinterne Kommission soll jedoch die bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und über die Grundlinien der künftigen grünen Friedenspolitik beraten. Auf einem Friedenskongress sollen noch 2007 die Kommissionsergebnisse beraten werden.²⁰

Auch sprachen sich die Delegierten mit großer Mehrheit für einen Strategiewechsel in der internationalen Afghanistan-Politik aus, wie er in einem entsprechenden Antrag des Bundesvorstandes gefordert wurde, und wandten sich gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Süden Afghanistans. Abgelehnt wurde dagegen die von den Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele, Winfried Hermann, Sylvia Kotting-Uhl und anderen vorgebrachte Idee, eine Exit-Strategie für den Bundeswehreininsatz im Rahmen von ISAF in Afghanistan zu entwickeln.²¹ Im Kern wurde diese Positionierung auch auf dem Länderrat der *Grünen* in Bremen Mitte April 2007 mit großer Mehrheit bestätigt.²²

Im Gegensatz zum Geist des Parteitagsbeschlusses von Köln hat jedoch eine knappe Mehrheit der Bundestagsfraktion der *Grünen* Mitte März 2007 für einen Einsatz der deutschen Tornados in Afghanistan im Rahmen von OEF gestimmt. **Hätte noch vor einiger Zeit die Ablehnung des Tornado-Einsatzes durch 21 Abgeordnete zum Eklat bei den Grünen geführt, sorgte nun die Zustimmung von 26 Abgeordneten zum Tornado-Einsatz bei einem beträchtlichen Teil der Partei für Empörung.** Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel forderte den Rücktritt der Bundestagsfraktionsvorsitzenden Fritz Kuhn und Renate Künast. Andere sprachen von einer Missachtung der pazifistischen Wurzeln der *Grünen*. Und die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der *Grünen*, Daniele Schneckenburger, konstatierte, dass die Partei in dieser Frage „de facto gespalten ist“.²³

Beleg dafür, dass sich die Parteilinke wieder stärker zu Wort meldet, ist auch die spontane Gründung einer „Grünen Friedensinitiative“ (GFI), nachdem Parteichefin Claudia Roth und der Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtwei mit ihrer Kritik an der Ostermarschbewegung für interne Erregung in der Partei gesorgt hatten. Die Initiatoren der „Grünen Friedensinitiative“, unter ihnen Uli Cremer aus Hamburg, Marianne Hürten aus Köln und der Münsteraner „Parteirebell“ Wilhelm Achelpöbler,

²⁰ Vgl. Jochen Weichold: Reise nach Jamaika abgelehnt. Eine Nachbetrachtung zum Kölner Parteitag der Grünen. In: Disput, Berlin, 2007, Januar-Heft, S. 38-39.

²¹ Vgl. Jochen Weichold: Wie viel Radikalität dürfen sich die Grünen erlauben? Zum Kölner Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen vom 1. bis zum 3. Dezember 2006 (<http://www.rosalux.de/index.php?id=12541>).

²² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 16.04.2007.

²³ Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 16.03.2007.

beziehen sich „positiv auf die Tradition der Ostermärsche“ und wollen das „bündnisgrüne friedenspolitische Erbe bewahren“. Aktuell kritisieren sie insbesondere die fortgesetzte Unterstützung des Afghanistan-Krieges durch *Die Grünen* und verlangen den Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan.²⁴

Mitte Juli 2007 erzwangen 44 Kreisverbände der *Grünen* einen Sonderparteitag zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan. Dieser Parteitag soll am 15. September 2007 stattfinden – rechtzeitig vor der Entscheidung des Bundestages im Herbst dieses Jahres über die Verlängerung der drei Afghanistan-Mandate OEF, ISAF und den Tornado-Einsatz im Süden Afghanistans. Während der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der *Grünen* im Bundestag, Hans-Christian Ströbele, vom Sonderparteitag eine Stärkung der Einsatzkritiker erwartet, rechnet Parteichef Bütikofer mit einer Bestätigung der Beschlüsse des Kölner Parteitages.²⁵ Obwohl es erst nach wochenlanger Sammlung der Voten der Kreisverbände gelang, das erforderliche Quorum von zehn Prozent für die Einberufung eines Sonderparteitages zu überschreiten, könnte der verbreitete Unwille in der Partei über die Entscheidung zum Einsatz von Tornados in Afghanistan so groß sein, dass sich die Befürworter der in Köln noch abgelehnten Diskussion über eine Exit-Strategie aus Afghanistan auf dem Sonderparteitag durchsetzen könnten. Die Parteiführung befürchtet nicht zu Unrecht, dass eine solche Debatte als außenpolitischer Kurswechsel der *Grünen* interpretiert werden könnte.²⁶

(b) Die *Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen*: Auf dem Parteitag der *Grünen* in Köln im Dezember 2006 machten sich Parteilinke in der Debatte über die Zukunft der sozialen Sicherung für ein bedingungsloses Grundeinkommen stark. Astrid Rothe-Beinlich, die Thüringer Landessprecherin der *Grünen*, und Stefan Ziller vom Arbeitskreis Grundeinkommen benannten Kriterien für ein Grundeinkommen: Es müsse armutsfest und Existenz sichernd, mit einem individuellen Rechtsanspruch für Frauen und Männer, (die soziokulturelle) Teilhabe sichernd, ohne Arbeitszwang und ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgestattet sein.

Im Ergebnis der Diskussion zur Zukunft der sozialen Sicherung stimmten die Delegierten für die Einrichtung einer Kommission, die auf der Grundlage der Konzepte zum bedingungslosen Grundeinkommen und zur Grundsicherung Vorschläge zur Weiterentwicklung des Sozialstaates erarbeiten soll. In der Sache (Grundeinkommen bzw. Grundsicherung) traf der Parteitag allerdings *keine* Vorentscheidung. In der Debatte selbst bestand Einigkeit darüber, dass der Sozialstaat Menschen in Notlagen unterstützen müsse. „Wir dürfen das Soziale nicht der SPD und der Linkspartei überlassen“, forderte ein Delegierter. „Auch *Die Grünen* müssen sozial sein.“

(c) Die *Papiere zur Wirtschaftspolitik*: Nachdem im Sommer 2006 unter der Federführung von Fraktionschef Fritz Kuhn ein Wirtschaftspapier mit dem Titel „Mehrwert –

²⁴ Vgl. Presseerklärung: Grüne Friedensinitiative gegründet (vom 10. April 2007) (<http://www.gruene-friedensinitiative.de/>, Stand: 25.04.2007); Grüne Friedensinitiative (9.4.2007): Das friedenspolitische Erbe der GRÜNEN bewahren! Bündnisgrüne Friedenspolitik erneuern! (<http://www.gruene-friedensinitiative.de/>, Stand: 25.04.2007); Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 12.04.2007.

²⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 14.07.2007; Neues Deutschland, Berlin, 14./15.07.2007.

²⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 14./15.07.2007. – Die Initiatoren des Sonderparteitages streben einen Strategiewechsel in der Afghanistan-Politik an. „Sie sprechen sich dafür aus, das zivile Engagement zu verstärken und das militärische zu verringern. Insbesondere lehnen sie den weiteren Einsatz deutscher Tornados ab.“ (taz – die tageszeitung, Berlin, 14./15.07.2007)

Grüne Marktwirtschaft“ erarbeitet und vorgelegt worden war, das in Anlehnung an eine These von Adam Smith²⁷ postulierte „Die unsichtbare Hand des Marktes wird grün.“²⁸, haben jüngst Parteilinke mit zwei Papieren direkt oder indirekt darauf reagiert. Sie werfen Kuhn und seinen Mitautoren vor, die Marktkräfte über zu bewerten und marktoptimistisch und wettbewerbsgläubig zu sein.²⁹

Die Autoren des Papiers „Grüne Wirtschaftspolitik. Mehr als nur Markt“, darunter Bärbel Höhn (die frühere Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen), Jürgen Trittin (der ehemalige Bundesumweltminister) und der Bundestagsabgeordnete Winfried Hermann, erinnern an das häufige Marktversagen und plädieren für eine grüne Wirtschaftspolitik „als integraler Bestandteil eines ganzheitlichen Politikentwurfs, der den Zielen ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe und internationaler Solidarität verpflichtet ist.“³⁰ Gegen die Umwelt lasse sich auf Dauer kein Gewinn erzielen: „Unsere Wirtschaft steht vor einem Scheideweg. Entweder die Marktwirtschaft wird grün oder sie hat keine Zukunft.“³¹

Grün werde der Markt aber nicht von allein. Vielmehr müsse die Ökologisierung der Wirtschaft gegen den kurzsichtigen Widerstand mächtiger Wirtschaftsinteressen durchgesetzt werden, schreiben die Autoren des Papiers „Grüne Wirtschaftspolitik. Mehr als nur Markt“.³² An die Stelle unverbindlicher gentleman's agreements müssten daher wieder verstärkt ordnungsrechtliche Vorgaben treten, weil nur so die kurzfristige Marktlogik, die in der Regel schnellen Profit über nachhaltiges Wirtschaften setze, gebrochen werden könne.³³

Grüne Wirtschaftspolitik müsse soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit neu in den Mittelpunkt rücken, verlangen die Autoren, weil grüne Marktwirtschaft immer auch soziale Marktwirtschaft sein müsse.³⁴ Sie fordern daher eine Entflechtung von marktbeherrschenden Unternehmen und eine Einführung einer Vermögenssteuer, einer europäischen Devisenumsatzsteuer, eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns und einer solidarischen Bürgerversicherung.³⁵ Aufgaben wie Bildung und Kultur, das Gesundheitswesen, innere Sicherheit und Daseinsfürsorge dürften nicht gewinnorientierten Unternehmen überlassen werden, sondern seien öffentliche Güter, für deren Bereitstellung der Staat Verantwortung übernehmen müsse.³⁶

²⁷ Adam Smith (1723-1790) sprach von der „unsichtbaren Hand“, von der Wirtschaftskreisläufe gesteuert würden.

²⁸ Fritz Kuhn, Biggi Bender, Matthias Berninger, Thea Dückert, Anja Hajduk, Brigitte Pothmer, Christine Scheel, Gerhard Schick, Margareta Wolf: Mehrwert – Grüne Marktwirtschaft. AutorInnenpapier zur Vorbereitung des wirtschaftspolitischen Kongresses „Grüne Marktwirtschaft“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 17. und 18. November 2006 in Berlin, Berlin 2006 (http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit_wirtschaft/dokbin/154/154194.pdf [Stand: 18.04.2007]), S. 7.

²⁹ Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 17.04.2007.

³⁰ Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth, Jürgen Trittin, Barbara Unmüßig: Grüne Wirtschaftspolitik. Mehr als nur Markt, o. O., 2007 (http://www.winnehermann.de/bundestag/papiere/070412_Mehr_als_Markt_lang.pdf [Stand: 18.04.2007]), Zeilen 19 und 24-30.

³¹ Ebenda, Zeilen 49-52.

³² Vgl. ebenda, Zeilen 43 und 76-79.

³³ Vgl. ebenda, Zeilen 93-96.

³⁴ Vgl. ebenda, Zeilen 139/140 und 146.

³⁵ Vgl. ebenda, Zeilen 172, 180, 183/184, 288/289 und 370/371.

³⁶ Vgl. ebenda, Zeilen 310-314.

Anfang Juli 2007 legte Jürgen Trittin mit dem FAZ-Artikel „Die sichtbare Hand“ nach. Er unterstrich, „dass die einseitige Entfesselung globaler Marktdynamik zerstörerisch wirkt“. Das international kaum regulierte Marktgeschehen produziere mittlerweile ökologische und soziale Schäden, die kaum mehr kalkulierbar seien. Globalisierte Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte hätten einen weltweit verschärften Verteilungskampf hervorgebracht mit neofeudalen Oberklassen, neuen Armenhäusern und massiven Fragmentierungen in den Mittelschichten. Und Trittin schlussfolgert: „Marktwirtschaft benötigt die sichtbare Hand demokratischer Regulierung.“ Regeln der Kooperation und der Koordination müssten her, „die unsichtbare Hand ist per se weder grün noch gerecht“. Eine „neue und kluge Re-Regulierung des Marktgeschehens im globalen Maßstab“ sei die große politische Gestaltungsaufgabe unserer Zeit. Sie müsse auf allen Ebenen der Politik ansetzen, regional und nationalstaatlich. „Sie muss europäisch sein, und sie muss neue Regeln in den multilateralen Institutionen der globalen Politik schaffen.“³⁷

Die Autoren des Papiers „Solidarisch Wirtschaften. Grüne Wirtschaftsdemokratie statt Grüner Marktwirtschaft“, Rüdiger Sagel³⁸ und andere Fachleute der Partei auf nordrhein-westfälischer Landesebene, werfen der Gruppe um Fritz Kuhn vor, sie wollten *Die Grünen* offensichtlich neu positionieren und sie auf Koalitionen mit CDU und FDP vorbereiten.³⁹ Sagel und seine Mitstreiter lehnen einen Ordoliberalismus, der sich zwar für einen starken Staat ausspricht, diesen aber nur als Machtinstrument zur Durchsetzung des reinen Marktes versteht, ab und kritisieren, „dass die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung ökologische, soziale und gesellschaftliche Verwerfungen hervorbringt, verschärft und als solche kaum zur Lösung der Probleme beitragen kann, die sie selbst erzeugt“⁴⁰. Die „unsichtbare Hand des Marktes“ sei sozial und ökologisch blind.⁴¹

Die Autoren fordern im Gegensatz zum Papier der Gruppe um Fritz Kuhn eine Demokratisierung der Wirtschaftsordnung, die durch eine Ordnungspolitik ergänzt und begleitet werden müsse, die sich nicht nur auf Wettbewerbspolitik beschränke. Sie unterstreichen in ihren „langfristigen Leitbildern solidarischer, ökologisch-sozialer Wirtschaftsdemokratie“ unter anderem, dass eine Neuorientierung der *Grünen* in der Wirtschaftspolitik dem Prinzip der Gerechtigkeit folgen müsse, „wobei wir ausdrücklich betonen, dass Verteilungsgerechtigkeit als Grundvoraussetzung neuer Gerechtigkeitsmodelle unabdingbar ist“.⁴²

Im Zentrum einer solidarischen, emanzipatorischen Politik müsse die wirksame Begegnung der Massenerwerbs- und Einkommenslosigkeit stehen. „Dabei setzen wir auf sozialversicherungspflichtige auskömmliche Arbeitsplätze jenseits hochgradig prekärer Beschäftigungsverhältnisse, auf solidarische Umverteilung von Arbeit mittels

³⁷ Jürgen Trittin: Die sichtbare Hand. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 02.07.2007.

³⁸ Rüdiger Sagel ist Mitte Juni 2007 aus der Partei und der Landtagsfraktion der Grünen in Nordrhein-Westfalen ausgetreten. Er begründete diesen Schritt damit, „dass sich die Partei vor allem von ihren gewaltfreien, sozialen und basisdemokratischen Zielen immer weiter entfernt“ habe. Vgl. taz – die tageszeitung, Berlin, 16./17.06.2007.

³⁹ Vgl. Rüdiger Sagel, Robert Zion, Hubertus Zdebel, Werner Hager, Jürgen Klippert: Solidarisch Wirtschaften. „Grüne Wirtschaftsdemokratie statt Grüner Marktwirtschaft“, o. O., 2007 (http://www.sagel.info/solid_wirtsch_kurz.pdf [Stand: 18.04.2007]), S. 1.

⁴⁰ Ebenda, S. 1.

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 2.

⁴² Vgl. ebenda, S. 1.

Modellen der Verkürzung der (Lebens-)Arbeitszeit, auf den freien Zugang zu Bildung und auf einen gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektor“,⁴³ schreiben die Autoren. Sie plädieren für die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 45 Prozent, für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, für die Reformierung und Stärkung der Erbschaftsteuer und der Ökosteuer und für die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Wertschöpfungssteuer, bei der alle Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit einbezogen werden sollen. Sie wollen eine Bürgerversicherung als Pflichtversicherung bei einer schrittweisen Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen einführen und die paritätische Finanzierung durch die Einbeziehung der Vermögenseinkommen in die Beitragspflicht erneuern. Schließlich plädieren sie für die Einführung einer armutsfesten soziokulturellen Existenzsicherung von mindestens 950 Euro monatlich, eines „auskömmlichen“ Mindestlohnes und der Tobinsteuer.⁴⁴

6. Es gibt Gemeinsamkeiten in den politischen Positionen von Grünen, SPD und Linkspartei. Und das, obwohl ihre Führungskreise – im verständlichen Versuch, das Profil der jeweils eigenen Partei zu schärfen – nicht müde werden, mit viel Rhetorik zu erklären, ihre Partei sei die einzig wirkliche Friedenspartei, Umweltpartei, Partei der sozialen Gerechtigkeit usw. Ein Vergleich der Wahlprogramme von *Grünen*, SPD und Linkspartei zur letzten Bundestagswahl⁴⁵ offenbart neben vielen Unterschieden auch eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten, die theoretisch ein gemeinsames politisches Agieren möglich machen.

Beispiel **Krankenversicherung**: Während die Union bekanntlich die „solidarische Gesundheitsprämie“ (früher Kopfpauschale) einführen wollte, die im Kern gerade das Gegenteil von Solidarität bedeutet, plädierten SPD, *Grüne* und *Die Linkspartei*. PDS in ihren Wahlprogrammen für eine solidarische Bürgerversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger, auch Selbständige, Beamte und Politiker, sollten einbezogen werden. Allerdings gab es in den Parteien unterschiedliche Vorstellungen über die Ausgestaltung der Bürgerversicherung, die sich nicht immer in den Wahlprogrammen widerspiegeln. Das traf z. B. auf das Problem zu, wie weit und in welcher Weise andere Einkommensarten (Kapitalerträge, Mieten usw.) einbezogen werden sollten. Festzuhalten bleibt, dass *Grüne* und *Linkspartei*. PDS die Beitragsbemessungsgrenze anheben wollten, die SPD offenbar nicht. Auf Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen beharrte nur *Die Linkspartei*. PDS. Sie wollte die private Krankenversicherung nur noch als Zusatzversicherung gelten lassen. Insgesamt aber standen sich hier CDU/CSU und FDP einerseits und SPD, *Grüne* und *Linkspartei*. PDS andererseits gegenüber.

Bei der **Pflegeversicherung** wollten die Union und die FDP die Kapitaldeckung einführen. SPD, *Grüne* und *Linkspartei*. PDS plädierten auch hier für eine Bürgerversicherung.

⁴³ Ebenda, S. 7.

⁴⁴ Vgl. ebenda, S. 8/9.

⁴⁵ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen: Eines für alle. Das grüne Wahlprogramm 2005, Berlin [2005]; Die Linke. PDS: Für eine neue soziale Idee. Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005. Vom Parteivorstand am 16. Juli 2005 beschlossener Entwurf, hrsg. vom Parteivorstand der PDS, Berlin [2005]; Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD, [Berlin], 4. Juli 2005; Jochen Weichold, Horst Dietzel: Bundestagswahl 2005: Wahlprogramme der Parteien im Vergleich (rls standpunkte, Nr. 12/2005), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005, S. 3-6.

Beispiel **Kernenergie**: Während *Die Grünen* und die SPD in ihren Wahlprogrammen am Atomausstieg festhalten wollten und *Die Linkspartei. PDS* diesen Ausstieg verkürzen wollte, lehnten CDU und CSU den Atomausstieg als „umweltpolitisch und auch technologisch verheerend“ ab, wollten ihn rückgängig machen und die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern.

In der Frage von **Bürgerrechten und Demokratie** zeigte sich in den Wahlprogrammen ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der *Linkspartei. PDS*, der SPD und selbst der FDP auf der einen Seite und CDU/CSU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisierten, war dies für die Unionsparteien kein Thema. Vielmehr liefen die von ihnen anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Die Analyse der Bundestagswahlprogramme ergab, dass die Programme von *Grünen* und *Linkspartei. PDS* generell die größte Schnittmenge aufwiesen. Aktuell gibt es zwischen SPD, *Grünen* und der Partei DIE LINKE. Übereinstimmung in der Forderung nach Einführung eines **gesetzlichen Mindestlohns**.⁴⁶

Neben den Gemeinsamkeiten existieren aber auf einer ganzen Reihe von Politikfeldern tiefgreifende unterschiedliche Standpunkte, und so gilt gegenwärtig sicher die Feststellung, die Joachim Bischoff nach der Bürgerschaftswahl in Bremen im Mai 2007 zog: „Die knappe arithmetische Mehrheit von Sozialdemokratie, Grünen und der Linken kann wegen gravierender inhaltlicher Differenzen nicht in eine politische Koalition transformiert werden.“⁴⁷

7. Die Grünen wollen regieren – sie wissen nur nicht mit wem. Als Joschka Fischer die politische Bühne in Deutschland verließ, erklärte er in einem viel beachteten Interview im Juli 2006: Da Rot-Rot-Grün auf Bundesebene durch Lafontaine verhindert werde, blieben in einem Fünfparteiensystem neben der Großen Koalition nur zwei Konstellationen: „die schwarze oder die rote Ampel“. Welche die besser geeignete Variante sei, darüber müssten die neuen Leute an der Spitze befinden.⁴⁸ Damit hatte der ehemalige Außenminister den *Grünen* ein Ei ins Nest gelegt, an dem die Führungsriege der Öko-Partei noch heute brütet.

Klar ist nur (und daran lassen die unterschiedlichen Akteure dieser Führungsriege auch gar keine Zweifel aufkommen), dass *Die Grünen* möglichst bald wieder in Landes- und Bundesregierungen sitzen möchten.⁴⁹ Doch existieren in der Nach-Fischer-Ära unterschiedliche Auffassungen darüber, wie man dieses Ziel erreichen kann.

⁴⁶ Die SPD hatte bekanntlich eine Unterschriftenaktion für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne initiiert, dieses Vorhaben aus Koalitionsdisziplin jedoch nicht auf der parlamentarischen Ebene verfolgt. Die Fraktion DIE LINKE. brachte Mitte Juni 2007 den Aufruf zu dieser Unterschriftenaktion wortgleich als Antrag in den Bundestag ein. Die Mehrheit der SPD-Fraktion attackierte diesen Antrag als „politische Show“ der LINKEN. und lehnte ihn ab. Neben den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. stimmten die Fraktion der *Grünen*, vier Sozialdemokraten und ein Fraktionsloser für den Antrag. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 15.06.2007.

⁴⁷ Joachim Bischoff: Zwischenetappe oder historischer Sieg für DIE LINKE.? In: Sozialismus, Hamburg, 2007, Heft 6 (Juni), S. 3.

⁴⁸ Vgl. DER SPIEGEL, Hamburg, 2007, Nr. 28 (vom 10.07.2007), S. 35.

⁴⁹ In Bremen wurde dieses Ziel Ende Juni 2007 in der bereits bewährten Form einer rot-grünen Koalition erreicht.

Vereinfacht kann man zwei strategische Herangehensweisen ausmachen, die in der *Grünen*-Führung miteinander um die Hegemonie ringen: *Zum einen* verfechten Kräfte um Reinhard Bütikofer und Claudia Roth vom Bundesvorstand den Weg, über die Entwicklung von politischen Inhalten die Partei deutlich zu profilieren, auf dieser Basis gesellschaftlichen Rückhalt zu organisieren und dann zu schauen, was sich in welchen Koalitionskonstellationen durchsetzen lässt. *Zum anderen* fällt eine Gruppe um Fritz Kuhn und Renate Künast von der Bundestagsfraktion ins Auge, die eher den umgekehrten Pfad einschlägt und tendenziell auf inhaltliche Prioritäten verzichtet. Sie hält erst nach möglichen Koalitionspartnern Ausschau, richtet dann unter diesem Gesichtspunkt Programmatik und Ziele aus und produziert so schwarz-grüne Gedankenspiele und Reiseangebote nach Jamaika.

Auch auf dem Kölner Parteitag der *Grünen* Anfang Dezember 2006 war die Koalitionsfrage ständig präsent. Während Parteichef Bütikofer in der Domstadt offen dagegen polemisierte, dass aus Hinterzimmern immer wieder solche Gedankenspiele in die Öffentlichkeit lanciert werden, schien Kuhn Kreide gefressen zu haben, indem er die Bedeutung von politischen Inhalten hervorhob. Wie auch Jürgen Trittin und Krista Sager von der Bundestagsfraktion erteilte Claudia Roth unter dem Beifall der Mehrheit der Delegierten einem schwarz-grünen Bündnis eine klare Absage. In Anspielung auf Äußerungen von Kuhn und Künast erklärte die Co-Parteichefin, sie sehe „keine Annäherung“ der Schwarzen „an uns Grüne“. Dabei können sich Roth und Bütikofer sicher sein, dass eine schwarz-grüne Verbindung oder eine „Schwampel“ nach wie vor an der Parteibasis auf wenig Gegenliebe stoßen.⁵⁰ Dennoch ist *gegenwärtig* offen, welche Richtung *Die Grünen* hier in Zukunft einschlagen werden.

* * *

Insgesamt verändern sich wichtige Rahmenbedingungen für das Wirken der *Grünen*. Zu diesen Veränderungen gehört die Herausbildung der neuen, gesamtdeutschen Partei DIE LINKE. aus PDS und WASG. So lange die PDS in den alten Bundesländern politisch bedeutungslos blieb, besetzten *Die Grünen* problemlos den Platz links von der SPD im Parteiensystem. Mit dem Aufkommen der WASG und erst recht der neuen Partei DIE LINKE. wird ihnen dieser Platz streitig gemacht, eröffnet sich eine linke Alternative zu den *Grünen*. Nach neuesten Analysen kann sich immerhin ein Drittel der *Grünen*-Anhänger für die Politik-Angebote der Partei DIE LINKE. erwärmen.⁵¹ Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen 2007 gewann DIE LINKE. per Saldo 3.000 Stimmen von den Grünen.⁵²

⁵⁰ Dies gilt auch für die Wählerklientel der Öko-Partei. Bei der Bundestagswahl 2005 gab es keine Nähe zwischen den Wählern der Union und der *Grünen*, wohl aber eine zwischen den Wählern der *Grünen* und denen der SPD. Von den Wählern, die 2005 mit der Zweitstimme *Bündnis 90/Die Grünen* wählten, gaben 56,7 Prozent ihre Erststimme der SPD, aber nur 4,6 Prozent der CDU/CSU. Vgl. Eckhard Jesse: Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden, 2006, Heft 3, S. 520.

⁵¹ Vgl. DER SPIEGEL, Hamburg, 2007, Nr. 27 (vom 02.07.2007), S. 32. – Bei einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Juli 2007 antworteten auf die Frage „Einmal angenommen, die SPD bildet nach der nächsten Bundestagswahl mit der Linken eine Regierung. Wären Sie damit einverstanden oder eher nicht einverstanden?“ 36 Prozent der *Grünen*-Anhänger mit „Einverstanden“.

Insbesondere die Führung der Öko-Partei wird sich entscheiden müssen, ob sie den bisher angestammten Platz links von der SPD im Parteiensystem freiwillig räumt oder ob sie um ihn kämpft. Da vor allem junge Menschen in Groß- und Universitätsstädten ein ambivalentes Verhältnis zu den *Grünen* und zur Partei DIE LINKE haben, sich hier Einfluss-Milieus überlappen, wird hier langfristig über die Zukunft der Partei entschieden.

Stand: 19. Juli 2007

Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 18.07.2007. – Damit korrespondiert auch ein Ergebnis einer Vorwahlumfrage zur Bundestagswahl 2005. Damals präferierten 76 Prozent der Wählerschaft der *Grünen* eine „Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt“, gegenüber 17 Prozent der *Grünen*-Anhänger, die demgegenüber eine „Gesellschaft, in der Leistung mehr zählt“, vorzogen (siehe Tabelle 8). Vgl. Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden, 2006, Heft 3, S. 532.

⁵² Vgl. Bernd Hüttner, Norbert Schepers: Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007. DIE LINKE im Westen angekommen? (rls standpunkte, Nr. 11/2007), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2007, S. 4.

Tabelle 1

Die höchsten Zweitstimmen-Ergebnisse für Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl 2005 in Westdeutschland (Angaben in Prozent; Differenz zu 2002 in Prozentpunkten)

Wahlkreis		Zweitstimmen bei der Bun- destagswahl 2005	Differenz 2005 zu 2002
Nr.	Name		
282	Freiburg	22,8	-2,2
84	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg- Prenzlauer Berg Ost*)	21,8	-1,3
81	Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf	19,4	-3,1
20	Hamburg-Altona	18,8	-1,4
76	Berlin-Mitte	18,1	-0,9
21	Hamburg-Eimsbüttel	17,9	-2,2
22	Hamburg-Nord	17,6	-2,0
184	Frankfurt am Main II	17,5	-1,9
259	Stuttgart I	17,2	-1,7
82	Berlin-Tempelhof-Schöneberg	16,8	-1,9
54	Bremen I	16,7	-0,9
95	Köln II	16,6	-2,5
222	München-West/Mitte	16,2	-1,6
291	Tübingen	16,2	+0,1
80	Berlin-Steglitz-Zehlendorf	15,9	-2,3
19	Hamburg-Mitte	15,6	-1,3
183	Frankfurt am Main I	15,6	-1,9
96	Köln III	15,4	-0,7
275	Heidelberg	15,2	-2,4
219	München-Nord	14,9	-1,4
272	Karlsruhe-Stadt	14,7	+0,3
88	Aachen	14,4	-2,2
187	Darmstadt	14,2	-1,6
42	Stadt Hannover II	13,9	+0,1
221	München-Süd	13,7	-1,3
220	München-Ost	13,6	-1,7

J. Weichold: Quo vadis, Grüne? (Text für den Gesprächskreis Parteien und Bewegungen)

Wahlkreis		Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005	Differenz 2005 zu 2002
Nr.	Name		
130	Münster	13,4	-2,2
94	Köln I	13,3	-1,9
97	Bonn	13,3	-2,3
180	Wiesbaden	13,3	-0,6
83	Berlin-Neukölln	13,1	-0,5
5	Kiel	12,8	-2,2
260	Stuttgart II	12,6	-0,7
283	Lörrach-Müllheim	12,6	-0,9
245	Nürnberg-Nord	12,5	+1,0
205	Stadt Trier	12,2	-0,8
288	Konstanz	12,1	-0,7
gesamt		8,1	-0,5

*) Ost-West-Wahlkreis

Zusammengestellt nach: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/wahlkreisergebnisse ; Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main, 20.09.2005.

Tabelle 2

Die höchsten Zweitstimmen-Ergebnisse für Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl 2005 in Ostdeutschland (Angaben in Prozent; Differenz zu 2002 in Prozentpunkten)

Wahlkreis		Zweitstimmen bei der Bun- destagswahl 2005	Differenz 2005 zu 2002
Nr.	Name		
76	Berlin-Mitte*)	18,1	-0,9
77	Berlin-Pankow	15,7	-0,5
154	Leipzig II	10,0	+0,9
161	Dresden II – Meißen I	9,0	+0,2
61	Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II	8,7	+0,8
85	Berlin-Treptow-Köpenick	8,3	+0,7
194	Erfurt – Weimar – Weimarer Land II	8,2	+0,6
73	Halle	7,2	+1,3
160	Dresden I	7,1	-0,8
153	Leipzig I	6,6	+0,1
195	Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis	6,6	+0,9
58	Oberhavel-Havelland II	6,5	+0,5
87	Berlin-Lichtenberg	6,4	+1,1
69	Magdeburg	6,1	+1,0
164	Chemnitz	5,5	+0,4
14	Rostock	5,4	+0,6
86	Berlin-Marzahn-Hellersdorf	5,2	+0,5
gesamt		8,1	-0,5

*) Ost-West-Wahlkreis

Zusammengestellt nach: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/wahlkreisergeb-nisse ; Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main, 20.09.2005.

Anmerkung: Die Grünen legten bei der Bundestagswahl 2005 gegenüber derjenigen von 2002 im Osten leicht zu (von 4,7 auf 5,2 Prozent), während sie im Westen Stimmeneinbußen hinnehmen mussten (von 9,4 auf 8,8 Prozent).

Tabelle 3

Wahlentscheidung nach Bildungsgrad, in den Berufsgruppen und der Arbeitslosen für Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl 2005 (Angaben in Prozent; Differenz zu 2002 in Prozentpunkten)

	Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005	Differenz 2005 zu 2002
Haupt- und Volksschule	5	+1
Universität	15	-3
Selbständige	10	-1
Angestellte und Beamte	10	-1
Arbeiter	5	+1
Arbeitslose	7	-2
gesamt	8,1	-0,5

Zusammengestellt nach: Dieter Roth und Andreas M. Wüst: Abwahl ohne Machtwechsel? Die Bundestagswahl 2005 im Lichte langfristiger Entwicklungen. In: Eckhard Jesse, Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 52.

Tabelle 4

Die höchsten Zweitstimmen-Ergebnisse für Bündnis 90/Die Grünen bei der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt (Angaben in Prozent; Differenz zu 2002 in Prozentpunkten)

Wahlkreis	Zweitstimmen bei der Landtagswahl 2006	Differenz 2006 zu 2002
Halle III	11,9	+5,2
Magdeburg II	8,3	+4,4
Halle II	7,1	+3,1
Magdeburg IV	4,8	+2,4
Magdeburg III	4,6	+2,0
Schönebeck	4,6	+2,6
Dessau	4,5	+1,6
Magdeburg I	4,2	+2,0
Dessau-Roßlau	4,1	+1,4
gesamt	3,6	+1,6

Zusammengestellt nach: Everhard Holtmann: Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des „halben Machtwechsels“. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Baden-Baden, 2007, Heft 1, S. 57; Neues Deutschland, Berlin, 28.03.2006.

Tabelle 5

Die höchsten Zweitstimmen-Ergebnisse für Bündnis 90/Die Grünen bei der Landtagswahl am 26. März 2006 in Baden-Württemberg (Angaben in Prozent; Differenz zu 2001 in Prozentpunkten)

Wahlkreis		Zweitstimmen bei der Land- tagswahl 2006	Differenz 2006 zu 2001
Nr.	Name		
47	Freiburg II	24,2	+3,2
1	Stuttgart I	24,0	+6,0
46	Freiburg I	23,2	+5,9
62	Tübingen	22,1	+7,0
34	Heidelberg	21,0	+5,9
56	Konstanz	18,9	+2,9
64	Ulm	17,5	+7,2
66	Biberach	16,7	+8,6
2	Stuttgart II	16,6	+5,9
28	Karlsruhe II	16,4	+6,1
27	Karlsruhe I	16,2	+5,2
4	Stuttgart IV	15,6	+5,2
12	Ludwigsburg	15,1	+5,2
60	Reutlingen	14,8	+5,6
36	Mannheim II	14,6	+5,6
67	Bodensee	14,4	+6,0
48	Breisgau	14,1	+3,8
gesamt		11,7	+4,0

Zusammengestellt nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 28.03.2006.

Tabelle 6

Stimmabgabe der Männer und Frauen für Bündnis 90/Die Grünen nach dem Alter bei der Bundestagswahl 2005 (Angaben in Prozent; Differenz zu 2002 in Prozentpunkten)

Alter (von ... bis ...)	Wahljahr	Männer	Frauen	zusammen
18-24	2005 zu 2002	10,0 (-0,9)	11,7 (+0,3)	10,9 (-0,3)
25-34	2005 zu 2002	10,0 (-1,3)	11,8 (-0,8)	10,9 (-1,0)
35-44	2005 zu 2002	10,0 (-1,7)	12,9 (-0,6)	11,5 (-1,1)
45-59	2005 zu 2002	7,8 (-0,6)	9,5 (+0,2)	8,7 (-0,1)
ab 60	2005 zu 2002	3,4 (±0)	4,4 (+0,3)	3,9 (+0,1)
insgesamt	2005 zu 2002	7,4 (-0,8)	8,8 (-0,1)	8,1 (-0,5)

Quelle: Eckhard Jesse: Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden, 2006, Heft 3, S. 519.

Lesehinweis: Bündnis 90/Die Grünen gewannen 2005 bei den 18- bis 24-jährigen Frauen 11,7 Prozent der Zweitstimmen, 0,3 Prozentpunkte mehr als 2002.

Tabelle 7

Stimmabgabe der Männer und Frauen für Bündnis 90/Die Grünen nach dem Alter bei der Bundestagswahl 2005, differenziert nach Ost- und Westdeutschland (Angaben in Prozent)

Alter (von ... bis ...)	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
18-24	6,5	7,7	11,0	12,8
25-34	7,3	8,4	10,6	12,5
35-44	6,0	7,3	10,9	14,1
45-59	3,9	4,8	8,7	10,7
ab 60	3,0	3,8	3,5	4,5
insgesamt	4,7	5,6	8,0	9,5

Quelle: Eckhard Jesse: Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden, 2006, Heft 3, S. 522.

Lesehinweis: 12,8 Prozent der westdeutschen Frauen zwischen 18 und 24 Jahren wählten 2005 mit ihrer Zweitstimme *Bündnis 90/Die Grünen*.

Tabelle 8

Leistung oder Solidarität? Präferenz der bundesdeutschen Parteiwählerschaften 2005 (Angaben in Prozent; Vorwahlumfrage zur Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005)

	Alle	Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
Gesellschaft, in der Leistung mehr zählt	34	46	23	63	13	17
Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt	55	41	67	32	82	76
Beides gleich / weiß nicht / keine Angabe	11	13	10	5	5	7

Quelle: Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden, 2006, Heft 3, S. 532.